

**Klaus J. Bade, Migration und Integration:  
Historische Erfahrungen und aktuelle Herausforderungen.**

Festvortrag auf der Veranstaltung ‚Vielfalt macht den Unterschied‘ in Freiburg,  
Historisches Kaufhaus, 13.9.2012

1. Grundfragen: Lernen aus der Migrations- und Integrationsgeschichte?
2. Migration und Integration: Erfahrungen in Deutschland
3. Ankunft in der Einwanderungsgesellschaft: kulturelle Vielfalt, Kulturangst und Flucht in ‚islamkritische‘ Ersatzdebatten
4. Integrationspolitik als Gesellschaftspolitik in der Einwanderungsgesellschaft - Anerkennung durch Teilhabe
5. Populismus im politischen Elitendiskurs: politische Öffentlichkeitsarbeit und Innenpolitik
6. Politikerangst und Bürgerwut: Bürgerpragmatismus, Politikversagen und Gefahr von Rechts

Dieser Essay ist die erweiterte Fassung eines Vortrages, den ich auf der vom Land Baden-Württemberg und der Stadt Freiburg getragenen Veranstaltung ‚Vielfalt macht den Unterschied‘ im Freiburger ‚Historischen Kaufhaus‘ am 13.9.2012 gehalten habe. Es war der Vorabend des zehnten, schon historischen Aktionstages ‚Freiburg steht auf – gegen Fremdenhass und Rassenwahn!‘. Ich verzichte auf Belege und verweise stattdessen auf mein im Frühjahr zu diesem Thema erscheinendes Buch ‚Von der Kritik zur Gewalt: Sarrazin-Debatte, ‚Islamkritik‘ und rechter Terror in Deutschland‘.<sup>1</sup>

### **1. Grundfragen: Lernen aus der Migrations- und Integrationsgeschichte?**

Eine immer wieder gestellt Grundfrage lautet: Gibt es in Sachen Migration und Integration historische Antworten auf aktuelle Probleme? Manche glaubten das, zum Beispiel chinesische Sozialwissenschaftler, die in den 1990er Jahren in die Bundesrepublik kamen oder deutsche Sozialhistoriker nach China einluden, weil sie aus der Geschichte der deutschen Massenwanderungen des 19. Jahrhunderts, z.B. ins Ruhrgebiet, lernen wollten, wie Partei und Staat in China am besten mit den millionenstarken aktuellen Massenwanderungen von chinesischen Arbeitskräften umgehen könnten. Es hat einigen Aufwand

---

<sup>1</sup> Klaus J. Bade, Von der Kritik zur Gewalt. Sarrazin-Debatte, ‚Islamkritik‘ und rechter Terror in Deutschland, Verlag Schöningh/Fink, Paderborn, Wien, Zürich, März 2013.

gebraucht, sie davon zu überzeugen, daß diese Massenwanderungen über Raum und Zeit hinweg nur sehr äußerlich vergleichbar seien.

Die Geschichte ist also kein Steinbruch, aus dem man für Probleme der Gegenwart passgerechte Lösungsblocke heraussprengen könnte. Außerdem sieht, wie man spätestens seit Reinhardt Koselleck weiß, auf der Zeitachse immer alles anders aus: je nachdem, ob man aus der Gegenwart, die einmal die Zukunft der Vergangenheit war, in jene Vergangenheit zurückblickt, die inzwischen Geschichte geworden ist; ob man aus der Gegenwart in die vielleicht gefürchtete Zukunft zu blicken sucht - oder ob man dereinst aus jener Zukunft auf die Vergangenheit blickt, die heute noch unsere Gegenwart ist.

Will sagen: Jede Zeit hat ein Recht auf ihre eigenen Sorgen und Ängste, auch wenn sie im Rückblick aus der Zukunft überdramatisiert erscheinen mögen. Umgekehrt erscheinen dem Historiker manche grundstürzenden Sorgen der Gegenwart und manche Ängste vor der Zukunft eher überdramatisiert, verglichen mit historischen Erfahrungen in verwandten Feldern.

Historiker leben, was Geschichte und Gegenwart angeht, mit ihrem Blick auf die Dinge oft zwischen verschiedenen Erfahrungswelten. Sie wirken in ihren Aussagen für geschichtsblinde Zeitgenossen vielleicht manchmal etwas geschichtstrunken und deshalb im Urteil nicht so vermeintlich klar wie mancher Zeitgenosse, der seine Kriterien zur Beurteilung der Gegenwart nur aus der Gegenwart selber schöpft. Er dreht sich dabei aber mitunter in einem hermeneutischen Zirkel um sich selber, was ihn nur deswegen nicht schwindlig macht, weil er die eigene Kreisbewegung nicht durchschaut.

Sie werden aber gleich merken, daß auch Historiker sehr klar, vielleicht sogar politisch unerwünscht klar sein können im Urteil über aktuelle Fragen, hier im Blick auf Migration und Integration und besonders auf Migrations- und Integrationspolitik.

Die Frage nach dem Lernen aus der Migrations- und Integrationsgeschichte beantworte ich also mit einem klaren ‚Jein‘. Ich befinde mich damit in gutem Einvernehmen mit bedeutenden Denkern in Geschichte und Gegenwart, von denen Jacob Burckhardt vielleicht die prägnanteste Antwort hinterlassen hat. Sie lautet: Geschichte macht nicht klug für ein andermal, sondern weise für immer.

Man sollte das aber, Burckhardt möge mir verzeihen, korrigieren und gerade im Blick auf politische Erfahrungen besser sagen: Geschichte macht *bestenfalls* weise für immer; denn diese Weisheit für immer, die aus der Geschichte kommen kann, hat zweierlei Voraussetzungen, wie man auch an politischen

Beispielen zum Bereich Migrations- und Integrationspolitik immer wieder erkennen kann:

Die erste Voraussetzung ist, daß man die Geschichte überhaupt kennt, was heute leider immer seltener gegeben ist. Das gilt leider mitunter auch für Politiker, von denen manche sich in Sachen politischer Verantwortung scheinbar gerade noch daran erinnern können, wann die eigene Legislaturperiode begann, aber nicht daran, was die eigene Partei vorher schon alles verbaut hat und wofür man persönlich, natürlich, keine Verantwortung übernehmen will, weil man da ja schließlich noch gar nicht im Amt war. Historische Verantwortung übernimmt man lieber für nachhaltige Erfolge. Die Übernahme von historischer Verantwortung für erfolgreiche Migrations- und insbesondere Integrationspolitik aber fällt auf der Bundesebene sehr leicht, weil es solche Erfolge und selbst das Bemühen darum lange Zeit kaum gab.

Die zweite Voraussetzung lautet, daß man bereit ist, im Rahmen des Möglichen aus der Geschichte zu lernen. Ingeborg Bachmann hat einmal gesagt: Die Geschichte lehrt dauernd, aber sie findet keine Schüler. Das gilt auch für die Geschichte von folgenschweren politischen Fehlentscheidungen, Nichtentscheidungen oder Spätentscheidungen in Sachen Migration und Integration mit bis in die Gegenwart reichenden Schleifspuren.

Aus dieser historischen Verantwortung sucht sich mancher zu befreien durch Flucht in die politische Amnesie, in den politischen Gedächtnisverlust. Wer sich aber an folgenschwere Fehlentscheidungen, Nichtentscheidungen oder Spätentscheidungen nicht erinnern will, der läuft Gefahr, die gleichen politischen Fehler noch einmal zu begehen und die Rechnung zahlen wir dann alle. Das aber ist, wie wir gleich sehen werden, auch ein durchaus aktuelles Problem.

Das erinnert mich an ein Gespräch mit einem ehemals führenden Beamten aus dem Bundesministerium des Innern in den späten 1990er Jahren, den ich bis dahin nicht persönlich kannte. Er stellte sich mir auf einem Empfang in Bonn selbstbewusst vor mit den Worten, er sei derjenige, der im BMI Anfang der 1980er Jahre alles verhindert habe, was ich damals vorgeschlagen hätte: Ich hätte gesagt, wir seien auf dem Weg zum Einwanderungsland. Nötig seien deswegen Konzepte für steuernde Einwanderungsgesetzgebung und aktive Integrationspolitik. Das BMI habe das Gegenteil für richtig gehalten: Deutschland sei nicht auf dem Weg zum Einwanderungsland und solle auch nicht auf diesen Weg geraten. Deswegen seien die von mir und anderen Wissenschaftlern und Experten der Integrationspraxis geforderten legislativen und politischen Initiativen verwerflich, weil sie im Sinne dieser Abwehrpolitik

kontraproduktiv wirken und den Weg zum Einwanderungsland durch Verrechtlichung nur befördern könnten.

Ich bestätigte meinem Gesprächspartner, daß das Bundesministerium des Innern mit seiner Verweigerungshaltung hier ja sehr erfolgreich gewesen sei, was er offensichtlich als Kompliment verstand. Als ich ihn dann aber fragte, wer denn nun rückblickend Recht gehabt hätte mit der Einschätzung der seinerzeitigen Trendentwicklungen, entgegnete mein Gesprächspartner entrüstet: Rückblickend betrachtet hätte ich da seinerzeit wohl Recht gehabt - aber das hätte ich damals doch nur schreiben und gar nicht wissen können!

Doch, man konnte es wissen, wenn man bereit war, die Scheuklappen auf beiden Augen abzunehmen und die defensive Erkenntnisverweigerung aufzugeben, d.h. die empirischen Bestandsaufnahmen der Wissenschaft und die Einschätzungen aus der kommunalen Integrationspraxis (OB Rommel in Stuttgart!) zur Kenntnis zu nehmen, die all das belegten, wenn man also couragiert genug war, auch eigene Irrwege einzugestehen und einen mutigen Neuanfang zu wagen. Aber dazu war man seinerzeit nicht bereit. Lieber mißbrauchte man die Themen ‚Ausländer‘, ‚Flüchtlinge‘ und ‚Integration‘ von einer Legislaturperiode zur anderen populistisch zu Wahlkampfzwecken und zog im Übrigen den politischen Karren stöhnend und maulend direkt neben dem durch einen mutigen Kurswechsel erreichbaren festen Gelände weiter durch den unwegsamen Sumpf.

So ist das, wenn Politik und Behörden nicht irren können und auch retrospektiv noch immer Recht behalten wollen. Retrospektive politische Erkenntnisverweigerung könnte man diese Haltung nennen. Dann, wenn Historiker die Entwicklungs- und Entscheidungsverläufe rekonstruieren, ist es für die Chance zu gestaltungsrelevantem Erkenntnisgewinn zu spät. Ein Grund mehr für in langen Linien denkende Migrations- und Integrationshistoriker, sich ab und an mit einigen mahnenden Hinweisen aus der gebotenen wissenschaftlichen Distanz in die aktuelle Konkurrenz von Einschätzungen und Fehleinschätzungen einzumischen. Politisch beliebt wird man dadurch bestenfalls bei der jeweiligen Opposition - die dann aber manchmal ganz vergißt, daß sie zu der Zeit, aus der heute noch folgenreiche Fehlentscheidungen datieren, selber an der Regierung war.

In den 1980er Jahre hatte ich in einem heute auch in den politischen Lagern, in denen damals jene defensive Erkenntnisverweigerung dominierte, gern gebrauchten Diktum gewarnt: ‚Integration ist keine Einbahnstraße!‘ Ich wollte damit deutlich machen, daß Zuwanderung beide Seiten der Einwanderungsgesellschaft verändere und Integrationspolitik deshalb als

‚Zentralbereich der Gesellschaftspolitik‘ verstanden werden müsse. Das wurde damals politisch nicht nur nicht akzeptiert, sondern als geradewegs alberne Überbetonung eines unbedeutenden Randproblems abgewiesen.

Nachdem die Chance zu rechtzeitiger, d.h. pro-aktiver konzeptorientierter Gestaltung historisch verspielt war, habe ich zwei Jahrzehnte später das Stichwort ‚nachholende Integrationspolitik‘ in die politische Debatte geworfen. Das wurde, wie andere von mir geprägte Begriffe, gern übernommen - allerdings verstümmelt zu ‚nachholender Integration‘, was wohl signalisierenden sollte, daß hier nicht die Politik, sondern nur die Zuwandererbevolkerung etwas nachzuholen hätte.

Man könnte die Entwicklung von Migrations- und Integrationspolitik auf der Bundesebene in dem Vierteljahrhundert vom Beginn der 1980er Jahre bis zum Zuwanderungsgesetz 2005 in diesem Sinne also sarkastisch so beschreiben: Es war der Weg von der im Sinne demonstrativer politischer Erkenntnisverweigerung verworfenen, damals noch vergleichsweise kostengünstigen pro-aktiven Integrationspolitik zu integrativen Reparaturkonzepten im Sinne nachholender Integrationspolitik mit volkswirtschaftlich, fiskalisch und sozial unvergleichbar höheren Kosten.

Es gibt also mindestens zwei Gründe, die Gegenwart vor dem Hintergrund historischer Erfahrungen zu sehen:

Erstens geht es darum, daß Gegenwart und absehbare Zukunft nicht als bedrohliche oder gar ausweglose historische Ausnahmesituationen erscheinen, was Hasspredigern wie Schönrednern den Wind aus den Segeln nehmen kann. Die Tatsache, daß heute der Vorabend des zehnten Aktionstages ‚Freiburg steht auf – gegen Fremdenhass und Rassenwahn!‘ ist, soll mir Anlass sein, diesen Aspekt noch weiter zu vertiefen. Jede Stadt sollte übrigens einen solchen Aktionstag haben. Anlass dafür gibt es heutzutage fast überall genug, Tendenz leider steigend.

Zweitens geht es darum, daß Fehlentscheidungen, Nichtentscheidungen oder Spätentscheidungen der Vergangenheit als historische Signale und als Warnungen vor aktuellen oder künftigen politischen Wiederholungstätern erkannt und verstanden werden können.

## **2. Migration und Integration: Erfahrungen in Deutschland**

Die Deutschen könnten aus ihrer eigenen Geschichte in Sachen Migration und Integration vieles an historischen Grunderfahrungen lernen; denn in der Geschichte haben Deutsche im Ausland und Ausländer in Deutschland in ungewöhnlich großer Zahl buchstäblich alle denkbaren Erscheinungsformen des grenzüberschreitenden Wanderungsgeschehens erlebt:

Aus-, Ein- und Transitwanderungen; Arbeitswanderungen von Deutschen ins Ausland und von Ausländern nach Deutschland; Flucht- und Zwangswanderungen von Deutschen ins Ausland und von Ausländern nach Deutschland, von Deutschen als Opfern und von Deutschen als Tätern, innerhalb und außerhalb der deutschen Grenzen. Außerdem kannte die Geschichte der Deutschen nicht nur die Wanderung von Menschen über Grenzen, sondern auch die Bewegung von Grenzen über Menschen hinweg. Das wurde z.B. bestimmend für die Massenwanderungen derer, die man in Deutschland nach 1945 die Vertriebenen nannte.

Die deutsche Geschichte kannte aber auch die Ausgrenzung von einheimischen, aber zu ‚Fremden‘ gemachten oder staatlich dazu erklärten Menschen innerhalb der deutschen Grenzen selbst. Neben Integration gab es also auch absichtsvolle Desintegration. Das reichte von sozialer Ausgrenzung über gruppenspezifische Verfolgung bis hin zur systematischen Entrechtung, Verfolgung und schließlich Ermordung ganzer Bevölkerungsgruppen – Juden, Sinti, Roma und andere. Der lange düstere Schatten dieses mörderischen Umgangs mit ‚Fremden‘ und solchen, die dazu gemacht wurden, liegt in diesem Land bis heute über der oft noch immer verkrampft-unsicheren und eher defensiven Haltung gegenüber zugewanderten Gruppen oder Minderheiten.

Greifen wir, zum Brückenschlag zwischen jüngerer Vergangenheit und Gegenwart in Sachen Migration und Integration, fünf Beispiele heraus:

*Beispiel 1: Von ‚Gastarbeitern‘ zu Einwanderern - oder: von der politischen Erkenntnisverweigerung zur nachholenden Integrationspolitik*

Der deutsch-italienische Anwerbevertrag von 1955 gab den Auftakt zur amtlich organisierten Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte ins Land des ‚Wirtschaftswunders‘. Der Mauerbau im Osten beschleunigte im Westen den Weg zum Einwanderungsland wider Willen; denn die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte wurde nach dem Ende des Zustroms aus der DDR 1961 umso mehr forciert.

Bis zum Ölpreisschock von 1973 und dem dadurch ausgelösten Anwerbestopp dauerte die Anwerbung im Westen. Rund 14 Mio. kamen in dieser Zeit, etwa 11

Mio. davon kehrten zurück. Der Rest blieb, zog die Familien nach und lebte zum Großteil schon in den späten 1970er Jahren in einem gesellschaftlichen Paradox – in einer Einwanderungssituation ohne Einwanderungsland.

Ohne die vielgeschmähten, oft als Arbeiterklasse oder gar Menschengruppe zweiten Ranges betrachteten und behandelten ‚Gastarbeiter‘ wäre das deutsche ‚Wirtschaftswunder‘ keine solche Erfolgsgeschichte geworden. Vielleicht wäre es auch ohne ‚Gastarbeiter‘ gegangen, wie der ex post schlaue Altbundeskanzler Helmut Schmidt heute gern meint, der diese Entscheidung jetzt für einen historischen ‚Fehler‘ hält und dabei ganz übersieht, daß er damit Millionen von Einwanderern und deren Nachfahren in diesem Land sozusagen zu menschlichen Fehlern degradiert. Außerdem: Ohne die Millionen von ausländischen Arbeitswanderern beiderlei Geschlechts aber wären damals kräftige Lohnsteigerungen und Verbesserungen der Arbeitsqualität auch in wenig geschätzten Arbeitsbereichen notwendig geworden. Die dadurch noch verschärfte Modernisierung und Rationalisierung hätte viele an der Rentabilitätsgrenze wirtschaftende und nur durch ‚Gastarbeiterbeschäftigung‘ noch auf Zeit überlebensfähige ‚Grenzbetriebe‘ vom Markt gefegt und damit volkswirtschaftlich eine regelrechte ‚Reinigungskrise‘ ausgelöst. Ob unter diesen Bedingungen das allen zu Gute kommende ‚Wirtschaftswunder‘ auf Hochtouren hätte weiterlaufen können, darf zumindest bezweifelt werden.

Aber hätte auch mit der heute meist vergessenen, damals aber vieldiskutierten Alternative von geringerer Ausländerbeschäftigung und verschärftem Reformdruck im Innern leben und, langfristig betrachtet, vielleicht volkswirtschaftlich sogar besser auskommen können. Aber Deutschland hat seinerzeit dem Wirtschaftswachstum die Zügel schießen lassen sich für umfassende Hilfe von außen entschieden. Das geschah unter Zustimmung der Sozialpartner und nicht zuletzt auch auf das Drängen der ‚Entsendeländer‘ hin. Im Falle der Türkei hatten auch die USA mit ihren strategischen Interessen an der Türkei diskret die Hand im Spiel mit einer massiven Einmischung in die inneren Verhältnisse in Deutschland – so massiv sogar, daß der 1961 anstehende Anwerbevertrag, den zu unterschreiben das zuständige Arbeits- und Sozialministerium sich zuletzt weigerte, umständehalber vom Außenministerium ausgefertigt werden mußte.

Die Hilfe von außen war am deutschen Arbeitsmarkt lange erfolgreich, was heute nur zu leicht vergessen wird. Daß sie in der Krisenentwicklung seit den 1970er Jahren wachsende soziale Folgekosten verursachte, hatte seinen Grund zumindest auch darin, daß Integrationspolitik nicht als soziale und

volkswirtschaftliche Zukunftsinvestition begriffen wurde. Was stattdessen praktiziert wurde, war lediglich Arbeitsmarktpolitik, angewendet auf Ausländer.

Dazu gehörte auch, daß der Anwerbestopp für diejenigen, die blieben, nicht mit entsprechenden Bildungs- und Qualifikationsangeboten begleitet wurde. Sie hätten durchaus nicht nur fördernd, sondern auch klar fordernd gestaltet werden können, jedenfalls für diejenigen, die noch nicht über einen verfestigten Aufenthaltsanspruch verfügten. Alternative: Innerhalb eines zu verabredenden Zeitraums Sprache lernen und Qualifikation verbessern als eigener Beitrag zur Förderung der Integration - oder Rückwanderung spätestens nach Ablauf einer entsprechenden Frist. Es ist anzunehmen, daß viele der zwischen Rückkehrillusionen, dauerhaftem Arbeitsaufenthalt und schrittweise akzeptierter Einwanderungssituation schwankenden ausländischen Arbeitnehmer beiderlei Geschlechts einen solchen ‚goldenen Handschlag‘ akzeptiert hätten, wenn er ihnen und den mißtrauischen Deutschen denn zureichend vermittelt worden wäre.

Zu all dem kam es nicht. Vielmehr wurde die Einwanderungssituation ohne Einwanderungsland regierungsamtlich dementiert, im politischen Entscheidungsprozess verdrängt und im Verwaltungshandeln tabuisiert. Die überfälligen Großkonzepte für Zuwanderungs- und Integrationsfragen blieben, ganz folgerichtig, aus; denn, so schrieb ich damals einmal: ‚Was man verdrängt, das kann man nicht gestalten!‘

Auch in der DDR gab es, in vergleichsweise geringem Umfang, Ausländerbeschäftigung auf der Grundlage von Regierungsabkommen. Die Ausländer beiderlei Geschlechts stammten hier zuletzt vorwiegend aus Vietnam und Mosambik. Sie schufteten, wie ehemals die ‚Gastarbeiter‘ im Westen, meist in den am wenigsten geschätzten Beschäftigungsfeldern mit den härtesten Arbeitsbedingungen, z.B. zu drei Vierteln im Schichtdienst. Und sie standen unter weit restriktiveren arbeitsrechtlichen Bedingungen.

Die erinnerten zum Teil ausgerechnet an diejenigen von ‚ausländischen Wanderarbeitern‘ im in der DDR verhassten ‚junkerlichen‘ preußischen Osten vor dem Ersten Weltkrieg. Das galt z.B. bei ausländischen Arbeiterinnen im Falle von Schwangerschaft als Verletzung des Arbeitsvertrags für die brutale Alternative von Zwangsabtreibung oder Rückkehr auf eigene Kosten. Die Ausländerbeschäftigung wurde in der DDR offiziell totgeschwiegen, dementiert oder als Ausbildungswanderung verharmlost.

Nach dem Ende der deutschen Teilung begegneten sich als Bürger der neuen Bundesrepublik einander fremd gewordene, aus politisch-ideologisch



gegensätzlichen Erfahrungswelten stammende Deutsche. In den Vereinigungsprozess, der seinerseits große, nunmehr innerdeutsche Wanderungen auslöste, brachten sie, neben vielen anderen ungelösten Fragen, auch in beiden deutschen Staaten ungeklärte Probleme im Umgang mit zugewanderten Minderheiten ein.

Dennoch wurde die Integrationsgeschichte im vereinigten Deutschland letztlich eine Erfolgsgeschichte. Ausnahmen bestätigen die Regel. Wir sollten uns diese von der Bürgergesellschaft selbst gestaltete Erfolgsgeschichte nicht kaputtschreiben lassen durch die konfliktsüchtige Desintegrationspublizistik mit ihrem skandalisierenden Gefasel von einer angeblich flächendeckend ‚gescheiterten Integration‘. Das ist kakophonischer publizistischer Unflat, der auch durch stete Wiederholung nicht wahrer wird.

### *Beispiel 2: Aussiedler – deutsche Einwanderer aus Osteuropa*

Im Westen überdauerte die Zuwanderung von Aussiedlern aus Ost- und Südosteuropa das Ende der Vertreibungen: Fast 1,6 Mio. passierten 1951–1988 die Grenzdurchgangslager. Bis heute zugewandert sind insgesamt ca. 4,5 Millionen Aussiedler bzw. Spätaussiedler, wie sie seit dem Kriegsfolgenbereinigungsgesetz von 1993 genannt werden. Die Vorfahren sind teils vor Generationen, teils schon vor Jahrhunderten oder, wie im Falle der ‚Siebenbürger Sachsen‘, sogar schon im Spätmittelalter ausgewandert – in Zeiten mithin, in denen es ‚Deutschland‘ noch gar nicht gab.

Anerkannte Aussiedler / Spätaussiedler hatten im Sinne des Kriegsfolgenrechts Anspruch auf die deutsche Staatsangehörigkeit mit allen Rechten und Pflichten. Sie waren aber kulturell, mental und sozial zugleich auch echte Einwanderer, also, wie ich sie damals bewusst paradox genannt habe, ‚deutsche Einwanderer‘. Ihre Eingliederungsprobleme wurden, trotz aller wissenschaftlichen Warnungen, durch Unterschätzung oder gar Verwechslung mit den Vertriebenen und Flüchtlingen nach 1945 lange politisch kleingeredet und damit nur erschwert. Dabei sollte allerdings nicht vergessen werden, daß auch die Flüchtlinge und Vertriebenen aus dem deutschen Osten, wie ihre oft erschütternden Selbstbeschreibungen bei unseren Interviews und Umfragen zeigten, seinerzeit als ‚Fremde‘ in der Spannung zwischen Abwehr und Akzeptanz oft selber mit echten Einwanderungsproblemen in der gleichen Nation zu kämpfen hatten.

Die Aussiedlerzuwanderung galt zu Recht lange als mustergültiges Modellunternehmen, empfehlenswert auch für die Eingliederung ausländischer Einwanderer. Selbst eine israelische Delegation besuchte Deutschland, um sich

das anzusehen, nachdem eine vor Ort von mir geleitete deutsche Delegation aus Wissenschaftlern, Ministerialbeamten und Vertretern von Mittlerorganisationen in Israel das Modell der ‚Absorption‘ von weltweit zuwandernden Juden studiert und einen vergleichenden Bericht vorgelegt hatte.

Der Modellcharakter der staatliche begleiteten Aussiedlerintegration verblasste seit Ende der 1980er Jahre bei abrupt steigender Zuwanderung von Aussiedlern, wachsendem Haushaltsdruck, zunehmendem Sozialneid bei Einheimischen und aus all diesen Gründen seit Anfang der 1990er Jahr zunehmenden Kürzungen der Eingliederungshilfen. Die Aussiedler näherten sich damit zwar schrittweise anderen Zuwanderergruppen an, blieben aber auch fortan noch immer eine klar privilegierte Gruppe.

Es wäre, wie seinerzeit von mir vorgeschlagen, vielleicht besser gewesen, trotz des enormen Zuwanderungsdrucks bei der Steuerung umgekehrt zu verfahren, also die Zuwanderung bei einer Politik der garantiert ‚offenen Tür‘ auf Zeit noch stärker zu drosseln, aber die Eingliederungshilfen im Kernbereich weiterhin hoch zu halten. Das hätte die sozialen Folgekosten unnötiger Integrationsprobleme auch bei Aussiedlern / Spätaussiedlern niedriger gehalten. Ganz kurzsichtig und kontraproduktiv war es, die mitreisenden Familienangehörigen nichtdeutscher Herkunft, als Ausländer, trotz allen Geredes von der Familienförderung weitgehend von den Integrationshilfen für Aussiedler deutscher Herkunft auszuschließen. Das galt auch für die Ansprüche auf zureichende Sprachkurse, mit dem erwartbaren Ergebnis von verstärkten Integrationsproblemen am Arbeitsmarkt und einem Verpuffen von Sprachkusergebnissen bei Aussiedlern in der häuslichen Kommunikation mit ihren russischsprachigen Familienangehörigen nichtdeutscher Herkunft. Sie hätten es leichter haben können, aber die Integration der Aussiedler ist trotzdem weitestgehend gelungen, auch hier bestätigen Ausnahmen nur die Regel.

Auf der Bundesebene kam ein weit über den Kreis der Aussiedler / Spätaussiedler hinauswirkender Denkfehler hinzu: Ich hatte die Aussiedler / Spätaussiedler als ‚Rückwanderer über Generationen hinweg‘ beschrieben, nicht ahnend, welches Mißverständnis hier beim Statistischen Bundesamt wirkte: Die im staatsrechtlichen Sinne in der Tat deutschen Aussiedler / Spätaussiedler wurden lange auch in der Wanderungsstatistik als ‚rückwandernde Deutsche‘ gezählt - so als ob sie selber vordem ab- oder ausgewandert und dann zurückgekehrt wären!

Das hat unser migratorisches Deutschlandbild lange verfälscht. Dadurch wurde statistisch nicht erkennbar, daß Deutschland im Blick auf das Wanderungsverhalten der deutschen Staatsangehörigen schon im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts ein Auswanderungsland mit roten Zahlen in der Wanderungsstatistik geworden war. Konkret: Allein in den anderthalb Jahrzehnten vor 2009 gab es z.B. rund eine halbe Million mehr deutsche Ab- bzw. Auswanderer als deutsche Rückwanderer, wenn man die im gleichen Zeitraum zugewanderten Spätaussiedler herausrechnet. Will sagen: Deutschland war im Blick auf das Wanderungsverhalten seiner Staatsangehörigen schon lange auch Auswanderungsland gewesen, als manche Politiker noch immer nicht begriffen hatten, daß es vordem lange ein Einwanderungsland gewesen war. Deutschland schloß auf diese Weise ein Stück weit an Traditionslinien im Wanderungsgeschehen an; denn es war in der Migrationsgeschichte – vom Zeitalter des überseeischen Massenexodus im 19. Jahrhundert abgesehen – meist Aus- und Einwanderungsland zugleich.

Andere Politiker, wie z.B. der sich für alle inneren Nöte der Nation zuständig fühlende, aber im BMI falsch beratene Bundesinnenminister Otto Schily (SPD), ergingen sich gegenüber wissenschaftlichen Warnungen vor offenkundig hoher Abwanderung von qualifizierten Deutschen in herablassenden regierungsamtlichen Besänftigungen: Die meisten abgewanderten Deutschen kehrten doch wieder zurück, wie man ja schließlich an den hohen Rückwandererzahlen erkennen könne. Weit gefehlt: Das waren also meist andere Deutsche, die selber gar nicht ausgewandert, sondern Nachfahren von Jahrhunderten zuvor ausgewanderten Deutschen waren. So entstehen Irrtümer vom Amt.

### *Beispiel 3: Juden aus der GUS - Inklusion und Akzeptanz*

Vor dem Hintergrund des düstersten Kapitels der deutschen Geschichte fanden Juden aus Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion bis zum Zuwanderungsgesetz (2005) Aufnahme im Land des Holocaust. Das entsprach einer späten, vom Zentralverband der Juden in Deutschland gestützten, von Bonn nur mit heftigem Widerstreben übernommenen Reforminitiative des schon in der Agonie liegenden SED-Regimes. Die Juden aus der GUS wurden analog zu Kontingentflüchtlingen aufgenommen, mit einem Status also, der annähernd demjenigen von Asylberechtigten entspricht.

Vom Fall des Eisernen Vorhangs bis Ende 2004 sind insgesamt knapp eine Viertelmillion (rund 220.000) Juden aus der Sowjetunion bzw. der GUS eingereist. 2003–2005 hat Deutschland dabei jährlich mehr Juden

aufgenommen als der Staat Israel, worüber sich die zuwanderungshungrigen Israelis mitunter in Bonn beschwerten.

Seither dem Zuwanderungsgesetz (2005) wird die Zuwanderung von Juden aus der GUS durch eine Art stilles Punktesystem nach einer für jeden einzelnen Antrag zu stellenden ‚Integrationsprognose‘ gesteuert, bei der es um ‚Integrationsfähigkeit‘ und insbesondere um die Aufnahme in einer Synagogengemeinde geht, die die Integration fördernd begleiten soll.

Dabei gibt es spezifische Identitätsprobleme dieser Einwanderergruppe: Ihre Zugehörigen wandern als Juden aus. Sie werden als solche aufgenommen und von den jüdischen Gemeinden unterstützt. Aber ein großer Teil von ihnen hatte in der Herkunftsgesellschaft gar keine jüdische Identität im religiös-kulturellen Sinne mehr und entdeckt sie oft, wenn überhaupt, im Aufnahmeland erst wieder neu. Das verursacht mitunter Enttäuschungen auf beiden Seiten.

Hinter dem Weg zu der restriktiven ‚Integrationsprognose‘ aber stand, wieder einmal, eine amtliche Fehldiagnose eines Problems, dessen Ergebnis für viele jüdischen Zuwanderer persönlich tragisch und für das Aufnahmeland volkswirtschaftlich und sozial kontraproduktiv war:

Juden aus der GUS waren die mit weitem Abstand qualifizierteste Zuwanderergruppe in Deutschland. Die Sozialpyramide der Aussiedler reichte vom Landproletariat bis zum Mittelstand mit einer steilen Spitze zur Oberschicht. Die Sozialpyramide der jüdischen Zuwanderer reichte vom meist qualifizierten bis hochqualifizierten Mittelstand zur Oberschicht. Deshalb auch kursierten in der Sowjetunion und in der GUS sozialrassistische Witze, die an Judenwitze der NS-Zeit erinnerten à la: ‚Seine Frau war Russin, er aber war Rechtsanwalt oder Arzt‘, will sagen: Er war Jude.

Die jüdische Zuwanderung trug also eindeutig Züge einer Elitenwanderung, aber ihr Potential wurde verschleudert: Juden ohne Deutschkenntnisse hatten lange Zeit nicht denjenigen der Aussiedler auch nur annähernd vergleichbare Ansprüche auf Eingliederungshilfen wie z.B. zureichende Sprachkurse. Und ihre Qualifikationen wurden meist nicht anerkannt (was allerdings auch viele Aussiedler und besonders deren mitreisende Familienangehörigen nichtdeutscher Herkunft traf) oder waren wegen mangelnder Sprachkenntnis nicht einsetzbar.

Fiktives Beispiel: Einem höchstqualifizierten Physiker von der Lomonossow-Universität in Moskau, der mit der einen oder anderen Ergänzungsqualifikation an einer deutschen Universität, in der außeruniversitären Forschung oder in der

Wirtschaft hätte eingesetzt werden können, wurde die berufliche Qualifikation nicht anerkannt. In der Arbeitsmarktstatistik, galt er damit als ‚unqualifiziert‘. Wenn sich der ‚unqualifizierte‘ jüdische Forscher ohne Sprachkenntnisse bewarb, hatte er wenig Chancen. So wurde aus einem ‚unqualifizierten‘ ein ‚unqualifizierter arbeitsloser‘ jüdischer Zuwanderer. Das wiederum ließ im Bundesministerium des Innern die irrige Vorstellung von der schlechten Integrierbarkeit jüdischer Zuwanderer am Arbeitsmarkt und von der Notwendigkeit einer restriktiven ‚Integrationsprognose‘ entstehen.

Erst später wurde die hier höchstproblematische Statistik der Arbeitsverwaltung korrigiert. Sehr viel später erst wurden auch die Eingliederungshilfen für jüdische Zuwanderer verbessert. Und ganz am Ende steht 2012 das ‚Anerkennungsgesetz‘, das die Anerkennung der Qualifikationen von Zuwanderern insgesamt, erleichtern und beschleunigen soll.

Aber all das kam, wieder einmal, zu spät; denn die jüdische war nicht nur die höchstqualifizierte, sondern auch die demographisch älteste Zuwanderergruppe in Deutschland. Ihre Potentiale wurden verschleudert, ihre Integration am Arbeitsmarkt unnötig erschwert und die damit verbundenen sozialen Folgekosten in Gestalt von Sozialtransfers zu Lasten des Aufnahmelandes erhöht. So wurde aus einer potentiellen volkswirtschaftlichen Gewinnrechnung eine Verlustbilanz mit oft tragischen Folgen für die Betroffenen. Dumm gelaufen.

Trotzdem waren die der gruppenbezogenen Ausgrenzung in der GUS entkommenen Juden nach den Aussiedlern wegen ihrer bis zum Zuwanderungsgesetz 2005 erleichterten Zuwanderung und wegen ihres sicheren rechtlichen Status eine gegenüber anderen Zuwanderergruppen, insbesondere gegenüber asylsuchenden Flüchtlingen, noch eindeutig privilegierte Gruppe. Auch ihre Integration ist gelungen, aber sie hätte wahrhaft besser gestaltet werden können

#### *Beispiel 4: Roma aus Osteuropa – Exklusion und Deportation*

Dass in der Bundesrepublik Schuldgefühle wegen nationalsozialistischer Massenverbrechen nicht bei der Behandlung aller davon betroffenen Minderheiten wirkten, zeigte das Schicksal der aus Mittelost- und Südosteuropa zugewanderten Roma. Die Erinnerung, dass Sinti und Roma nach den Juden mit rund 500.000 Opfern von der nationalsozialistischen Mordmaschinerie am zweitstärksten betroffen waren, bot hier keine Brücke nach Deutschland:

Nach amtlichen Schätzungen gab es von Anfang 1990 bis zum Inkrafttreten des neuen Asylrechts 1993 rund eine Viertelmillion Roma-Flüchtlinge in Deutschland. Sie kamen vor allem aus Rumänien, aber auch aus Jugoslawien und Bulgarien. Ihre Behandlung zeigte ein strenges Gegenbild zu derjenigen von Aussiedlern und Juden aus Osteuropa.

Bei Aussiedlern und Juden ging es um staatlich begleitete Einwanderung unter den Leitperspektiven von wohlfahrtsstaatlicher Inklusion und gesellschaftlicher Integration. Das Gegenteil galt für die unerwünschte Zuwanderung von ‚Zigeunern‘ aus Osteuropa: Exklusion, Zwangsrepatriierung bzw. als ‚Rückführung‘ amtlich geschönte Deportation zurück in Länder, in denen sie, wie z.B. in Rumänien, zumindest ebenso ausgekreist waren und sind wie Juden in der GUS. In anderen mittelost- und südosteuropäischen Ländern werden sie bis heute nicht nur Opfer von sozialer Ausgrenzung, Erniedrigung, Entrechtung und Verfolgung, sondern auch von regelrechten Pogromen, denen in den letzten Jahren allein in Tschechien 19 und in Ungarn 11 Menschen zum Opfer fielen.

Aber heute kommen sie wieder – und diesmal als EU-Bürger aus Rumänien und Bulgarien. Von dort kommen auch gut qualifizierte Zuwanderer, aber sozial besorgniserregend ist die Zuwanderung von Roma.

Wir haben lange vergeblich empfohlen, konzeptionell darauf vorbereitet zu sein und die Bürger in ihren Kommunen darauf vorzubereiten, bevor sich rechtsradikale Gruppen mit ihrer rassistischen Agitation des Themas bemächtigen; denn dies ist die Kehrseite des Evangeliums der Freizügigkeit, bei dem offensichtlich viele Politiker nur von der Zuwanderung von möglichst hochqualifizierten und in ihren Berufs- bzw. Sozialprofilen hübsch passgerechten Zuwanderern träumten. Sie dachten nicht an eine Armenwanderung in die Sozialsysteme - die nun nicht mehr zwangsweise umkehrbar ist.

Die steigende Zuwanderung von armen, gering oder doch nicht paßfähig qualifizierten Roma aus prekären Soziallagen in den Ausgangsräumen stellt die Zielländer vor eine Aufgabe, mit der viele nicht gerechnet hatten: länder- und gruppenspezifisch orientierte ‚Entwicklungspolitik‘ mitten in Europa. Es geht national um die Integration in den Zielgebieten und supranational um die Bekämpfung der wanderungstreibenden Faktoren in den Ausgangsräumen. Das eine geht nicht ohne das andere; denn nur so kann verhindert werden, daß die Freizügigkeit zu einem menschenverachtenden transnationalen Verschiebebahnhof mit dem Export und Import von Sozialproblemen wird.

Aber die auch schon von Brüssel vergeblich um eine nationale Roma-Konzeption gebetene Bundesregierung schaut demonstrativ weg und lässt die Kommunen, wieder einmal, mit den Problemen allein. Diese Probleme aber sind längst da, und die Konzepte zu ihrer Behandlung fehlen nach wie vor. Die von der Bundesregierung Ende vergangenen Jahres, unmittelbar vor Ablauf der Frist, nach Brüssel übermittelte Antwort wirkt geradezu albern: Es bestehe kein Handlungsbedarf in Sachen einer nationalen Roma-Konzeption; denn es gebe in Deutschland schließlich ein komplexes System von Integrationshilfen, insbesondere Integrationskurse mit Sprach und Orientierungskursen, die die Roma-Zuwanderer doch nur beantragen müssten.

Es hat sich offenkundig noch nicht bis ins hohe Berlin herumgesprochen, daß eine Bevölkerungsgruppe, die auf Grund jahrhundertelanger Auskreisung, Ächtung und Verfolgung gelernt hat, sich misstrauisch nach außen abzugrenzen und Vertrauen nur gegenüber den familialen Großverbänden zu haben, nicht ohne weiteres in die Regularien der wohlfahrtsstaatlichen Integrationsförderung einzuklinken ist. Herumgesprochen hat sich offenkundig auch nicht, daß manche Roma-Familien nicht zum ersten Mal in Deutschland sind und vor zwei Jahrzehnten schon eine Deportationserfahrung hinter sich gebracht haben, aus der anhaltendes Mißtrauen resultiert, was auch nicht gerade eine optimale Integrationsvoraussetzung ist.

Wer mit unseren klugen kommunalen Integrationsbeauftragten über diese Probleme spricht, erfährt sogleich, wie vordergründig die Berliner Antwort war. Das zeigt einmal mehr, daß das hier zuständige Bundesministerium des Innern in Sachen Integrationspolitik als Gesellschaftspolitik seine Lektionen noch immer nicht gelernt hat.

Die Jazzsängerin Dotschy Reinhardt schreibt in ihrem Buch ‚Gypsy. Die Geschichte einer großen Sinti-Familie‘ (2008): „Wir haben nichts als unsere Kultur und Sprache, die uns zusammenhält, auf die wir uns berufen und mit der wir uns abgrenzen können.“ Daher auch der Widerstand von zugewanderten Roma gegen einen zur Integrationsbegleitung zeitweise erwogenen muttersprachlichen Unterricht an deutschen Schulen.

Hier gibt es also in der Tat historisch gewachsene kleine, nach außen abgeschottete ‚Parallelgesellschaften‘, die geschlossen zuwandern oder in Kettenwanderung nachrücken. Sie können nur als solche in die staatliche Integrationsförderung einbezogen werden. Unsere Integrationshilfe-Pakete sind dafür nicht geschnürt. Vor Illusionen sei gewarnt.

Politik hat hier auf der Bundesebene, allen Warnungen zum Trotz, konzeptionell bislang keine nachhaltige Initiative erkennen lassen und stattdessen, wieder einmal, mit populistischen Drohgebärden reagiert. Bundesinnenminister Friedrich redete alarmistisch von einem „zunehmenden Asylmißbrauch aus den Balkanländern“, der „unverzüglich gestoppt“ werden müsse. Das kann man, falls es wirklich nötig wäre, auch still besorgen. Lautstarke Ersatzhandlungen für anderweitig nötige, mutige Positionierungen treiben nur Wasser auf die Mühlen der Rechtsradikalen. Die haben, wie vorausgesagt, ihre Chance längst erkannt haben und sind mit dem Thema ‚Zigeuner‘ bereits bundesweit am Ball. Wer es wissen will, werfe einen Blick in die fremdenfeindlichen Weblogs mit ihren haßtriefenden Kommentarschlangen. Die Folgen sind absehbar. Bleibt zu hoffen, daß es nicht zu einem episodischen Nachvollzug der Exzesse der frühen 1990er Jahre kommt.

#### *Beispiel 5: Irreguläre Zuwanderungen – Selbstschutz vor Humanität*

Die irregulären („illegalen“) Zuwanderungen und Inlandsaufenthalte sind in Deutschland stark gesunken; denn seit der EU-Ostexpansion liegen die wichtigsten mittel- und südosteuropäischen Aus- und Durchgangsräume der irregulären Zuwanderung in EU-Europa. Die europäischen Abwehrmaßnahmen gegen Asylsuchende, Flüchtlinge und andere unerwünschte Zuwanderer aber sind immer effektiver geworden und, haben, gleichsam als ‚Kollateralschäden‘, die Todesraten an den europäischen Außengrenzen auf das Opferniveau eines mittleren Krieges erhöht.

Damit nicht genug. Zur Unterstützung der europäischen Grenzschutz-Agentur FRONTEX, die nach wie vor ohne zureichende EU-parlamentarische Kontrolle arbeitet, wird der Einsatz von unbewaffneten Aufklärungs-Drohnen zur Sicherung der europäischen Außengrenzen geplant. Der Einsatz von Elektronik zur Grenzkontrolle ist heute normal. Nicht normal ist, daß es des massiven Einsatzes von nichtstaatlichen humanitären Organisationen und Vertretern der Kirchen auf EU-Ebene bedurfte, um etwas überhaupt erst einmal in Erwägung zu ziehen, das an sich selbstverständlich sein sollte: die Information über von den Drohnen entdeckte Seenotfälle von Flüchtlingsbooten, um Flüchtlinge vor dem Ertrinken zu retten als Kernelement eines international vernetzten Seenot-Rettungssystems.

Genau das war nicht vorgesehen und ist auch bis heute nur in einer Nebenbemerkung angedacht; denn es ging um Gefahrenabwehr im Blick auf die ‚Verletzbarkeit‘ („vulnerability“) der europäischen Außengrenzen - und



ertrinkende Flüchtlinge sind zwar ein bedauernswertes Problem, aber keine Bedrohung für die europäischen Außengrenzen. Böse Zungen erinnern an den alten Wildwest-Spruch: ‚Nur ein toter Indianer ist ein guter Indianer‘. Ich erspare mir die Übersetzung in die Flüchtlingsdimension.

Damit es keine Missverständnisse gibt: Niemand sollte europäischen Behörden unterstellen, von nachweislich immer wieder vorkommenden ungeheuerlichen Sonderfällen abgesehen, mutwillig oder gar vorsätzlich Hilfestellung zu unterlassen; denn das ist in Seenotfällen bekanntlich ein humanitäres Verbrechen und deswegen ein besonders schwerwiegender Straftatbestand. Keine Unterstellung aber ist, leider, die Tatsache, daß an den europäischen Außengrenzen im Zweifelsfalle eine brutale Priorität gilt: Selbstschutz geht vor Humanität.

Und wir vergessen zu gerne dabei, daß private, auch europäische Wirtschaftsinteressen, z.B. in Afrika, wesentlich dazu beitragen, die irreguläre Zuwanderung nach Europa in Gang zu halten, die Europa dann wie einen Feind bekämpft: von dem Import von Gebrauchstextilien, der die einheimische Textilproduktion erledigt, über die subventionierten billigen Agrarimporte, die die einheimische Landwirtschaft ruinieren, bis hin zu den schwimmenden Fischfabriken (Fisch vom Netz direkt in die Dose) in afrikanischen Küstengewässern, die afrikanische Küstenfischer veranlassen, ihre nutzlos gewordenen alten Trawler an Schlepper zu verkaufen oder selbst in deren Dienste zu treten.

Auf dem Evangelischen Kirchentag im Juni 2011 habe ich in meinem Vortrag in der mit rund 1.900 Besuchern voll besetzten Dresdner Frauenkirche dazu etwas gesagt, das ich dem Sinne nach hier wiederholen möchte:

Wir leben, ethisch bewertet, in einer ebenso schäbigen wie schändlichen Zivilisation. Sie gründet ihre erbärmliche Schnäppchenkultur auf die Ausbeutung der Ärmsten der Armen weit jenseits ihrer Grenzen, unter ihnen auch Kinder und Sklaven. Sie läßt erbarmungslos vor ihren Grenzen halbtote Flüchtlinge ertrinken oder auf hoher See in ihren Booten verdursten. Und sie beschwert sich obendrein noch über die Beeinträchtigung ihrer Badefreuden an möglichst sauberen Sandstränden durch die angespülten Zeugnisse der Tragödien auf hoher See in Gestalt von Bootstrümmern, Kleiderfetzen und mitunter auch menschlichen Überresten.

Das ist die Welt, in der wir heute leben und für die wir alle gemeinsam verantwortlich sind, jeder an seinem Platz. Sage später keiner wieder, er habe das alles nicht gewusst. Es geht hier um einen historischen Skandal, an dem

zukünftige Generationen das Humanitätsverständnis im Europa des späten 20. und frühen 21. Jahrhundert bemessen werden. Ihr Urteil dürfte ein verheerendes sein – wenn bis dahin nicht alles noch schlimmer geworden ist.

# # #

Die wenigen ausgewählten Beispiele zeigen, wie vielgestaltig die Erfahrungen mit Migration und Integration, aber auch mit Desintegration und Ausgrenzung in der jüngsten Vergangenheit und Gegenwart waren und sind.

Viele Zuwanderungswillige hatten keine Chance, in Deutschland oder anderen europäischen Ländern zu bleiben. Die meisten Flüchtlinge und Asylsuchende wurden schon an den Grenzen abgewiesen oder nach immer kürzeren Verfahren durch freiwillige Ausreise bzw. zwangsweise ‚Rückführung‘ (Deportation) in das Schicksal zurückgeworfen, dem sie durch Flucht zu entkommen gesucht hatten. Viele von ihnen hatten dazu vergeblich lange, in der Regel von teuren und oft brutalen Schleppern begleitete, nicht selten mehrfach unterbrochene und deshalb Jahre dauernde Reisen hinter sich gebracht. Eine große Zahl von ihnen kam dabei irgendwo vor den europäischen Grenzen um, z.B. auf dem großen Wüstentransit quer durch die Sahara, aber vor allem dann im Mittelmeer, das zu einem Massengrab für Flüchtlinge geworden ist. Andere blieben für immer zwischen den Welten stecken oder endeten z.B. auf der afrikanischen Süd-Nord-Route in den Oasen in sklavenähnlichen Abhängigkeitsverhältnissen, die nur noch das nackte Überleben sichern.

Auch an sie alle sollte gedacht werden, wenn von einem Wanderungsergebnis die Rede ist, von dem viele von ihnen vergeblich träumten: Aufnahme und Integration, also Inklusion durch Teilhabe. Denen, die in Deutschland zuwandern konnten oder als anerkannte Flüchtlinge bzw. Asylbewerber Aufnahme fanden, erging es vor diesem Hintergrund, trotz vieler Härten und Enttäuschungen, vergleichsweise erträglich oder sogar gut.

Der von mir angestoßene, konzipierte und als von mir Gründungsvorsitzendem von Ende 2008 bis Mitte 2012 geleitete Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) hat mit seinen umfragebasierten ‚Integrationsbarometern‘ empirisch nachgewiesen - von der vom SVR nicht untersuchten, sich smogartig ausbreitenden Islamfeindschaft abgesehen: Integration in Deutschland ist besser als ihr Ruf im Land, auch im internationalen Vergleich. Viele im Ausland beneiden uns darum und können die permanente selbstkritisch-depressive Nabelschau der Deutschen mit ihrem erbärmlichen Tunnelblick und ihrem Gejammer auf hohem Niveau einfach nicht nachvollziehen.

Aber es gibt Unterschiede: Es ist kein Geheimnis, daß Integration im deutschen Süden und Südwesten und in anderen reicheren Regionen besser gelungen ist als in ärmeren Regionen im Norden und Nordosten oder im Schatten der Mauer im ehemals geteilten Berlin. Unterschiede im Integrationserfolg haben eben auch damit zu tun, daß Arbeit neben Sprache die wichtigste Integrationsschiene und das integrationsfördernde Erwerbsangebot in Deutschland sehr unterschiedlich ist.

Dennoch gilt: In Sachen Integration sind die nach wie vor klar vorhandenen und zum Teil schwerwiegenden Probleme nicht die Regel, sondern eher Ausnahmen, die die Regel der erfolgreichen, wenn auch oft mühevollen Integration bestätigen. Und Ausnahmen gibt es bekanntlich auch in besonders erfolgreichen Regionen, z.B. im deutschen Südwesten: Der schockierende Anschlag in Winterbach wäre beinahe zum Pogrom geworden, wenn die jungen Leute nicht unter Prügeln aus dem von Rechtsradikalen angezündeten Schuppen ausgebrochen wären, in dem sie vor den brutalen Gewalttätern Schutz gesucht hatten. Und doch war auch Winterbach eine der Ausnahmen, die insgesamt nur die Regel der erfolgreichen Integration bestätigen.

Daß es, trotz aller Probleme, weitgehend gut gegangen ist mit der Integration in diesem Land, haben wir vor allem zwei Kraftfeldern zu verdanken: Auf der einen Seite stand die friedvolle Eingliederungsbereitschaft der vielfach denunzierten, herablassend behandelten und zum Teil bis heute nicht als Partner auf Augenhöhe akzeptierten Einwanderer. Auf der anderen Seite wirkte die Integrationskraft unserer Kommunen, gestärkt durch die Ausländer- und Integrationsbeauftragten auf kommunaler und später auch auf Länderebene und schließlich diejenige der Mittlerorganisationen, an die die praktische Integrationsarbeit vor der Erfindung der staatlichen Integrationskurse im Zuwanderungsgesetz jahrzehntelang delegiert worden war.

Auf Bundesebene hingegen hatte man, wie der seinerzeitige Bundespräsident Horst Köhler (CDU) 2006 zum Erschrecken der Unionsparteien ebenso aufrichtig wie selbstkritisch bekannte, die Integration lange schlicht und einfach ‚verschlafen‘.

Zur kollektiven Erinnerung der Deutschen an den Umgang mit zugewanderten Minderheiten gehört aber auch der erwähnte düstere Schatten des organisierten Verbrechens an ‚Fremden‘ oder dazu erklärten Menschen im nationalsozialistischen Deutschland und im von Deutschland beherrschten Europa während des Zweiten Weltkriegs.

Dieser lange Schatten lastet nach wie vor auf den meist prekären Versuchen einer deutschen Selbstbeschreibung gerade in Fragen von Mehrheit und Minderheiten und im Umgang mit Zuwanderung und Integration. Diese Selbstbeschreibung wird uns zunehmend von der neuen deutschen Einwandererelite abgenommen, z.B. von Wissenschaftlern, Schriftstellern und Public Intellectuals wie Navid Kermani, Zafer S(!)enocak oder Naika Foroutan.

Trotz aller prekären Probleme der Selbstbeschreibung im Blick auf die jüngere deutsche Geschichte aber muss sich Deutschland endlich ein für Alle und insbesondere für Einwanderer verstehbares öffentliches Bild von sich selber machen; denn woran sonst sollten sich Einwanderer orientieren bei dem Versuch, ihr Einwanderungsland und dessen Einwanderungsgesellschaft zu verstehen?

Dafür brauchen wir Leitorientierungen im Plural, d.h. für beide Seiten der Einwanderungsgesellschaft, und darauf gegründete Spielregeln. Die wichtigsten stehen schon in unserer Verfassung, die aber offenkundig nicht eben jeder kennt und die wir in historisch missverständlicher Weise, nämlich noch immer staatliche Vorläufigkeit signalisierend, auch nach der deutschen Vereinigung noch ‚Grundgesetz‘ nennen.

Diese Spielregeln sollten in frühkindlicher Erziehung, in schulischer und beruflicher Bildung eingeübt werden. Wir brauchen kein nationalideelles Glaubensbekenntnis wie es amerikanische Schüler als ‚American Creed‘ sprechen. Aber die Vermittlung der Werte unserer Verfassung muß mehr sein als Thema von ein paar Unterrichtsstunden im Ethik-, Sozial- oder Gemeinschaftskunde-Unterricht.

In der Einwanderungsgesellschaft brauchen wir einen transnational und transkulturell erweiterten Heimatbegriff. Wir sollten an eine übergreifende gemeinsame ‚Heimat‘ und zugleich an unter diesem gemeinsamen Dach liegende unterschiedliche, möglicherweise sogar mehrfache kulturellen ‚Heimaten‘ denken lernen. Es gibt dazu verschiedene Ansätze und Entwürfe. Die Forschungsgruppe um Naika Foroutan an der Humboldt Universität zu Berlin z.B. spricht von ‚Heymat‘ und bezieht dabei als semantisches Signal das ‚Y‘ von kultureller ‚Hybridität‘ mit ein. Sie denkt dabei besonders an Zuwanderergruppen, die in verschiedenen Kulturen beheimatet und damit sozusagen die Pioniere einer hybriden Einwanderungsgesellschaft sind.

Wen der historische Zivilisationsbruch des organisieren Verbrechens an Minderheiten in der deutschen Geschichte entmutigt und der muffige Geruch des ideologisch vollgesogenen Heimatbegriffs abschreckt, der könnte, wie ich

das Anfang der 1990er Jahr getan habe, statt für eine übergreifenden gemeinsame ‚Heimat‘ für die Notwendigkeit einer ‚solidarischen neuen kollektiven Identität‘ werben. Das aber pflegt die Vertreter von herkömmlicher Heimatfreude und Sozialismusangst zu irritieren. Andere sprechen von den ‚neuen Deutschen‘, was dann zu wenig ist, wenn damit nur die Einwanderer, aber nicht die Bürger der Einwanderungsgesellschaft insgesamt gemeint sind. Wir sollten aber den semantischen Hürdenlauf zu einem konsensfähigen Begriff nicht zum Selbstzweck geraten lassen; denn Ideologiekritik kann auch sprachlos machen. Wie wäre es, alternativ einfach von Deutschen, Einwanderern und Ausländern zu reden?

Klar bleibt trotzdem: Wir brauchen endlich eine mutige, schlüssige und attraktive Selbstbeschreibung der demokratischen Einwanderungsgesellschaft in Deutschland, die schon gelebt wird, aber noch keinen Namen hat.

Das wäre auch ein Gegenentwurf gegen die aggressiv wuchernden, giftigen Sumpfb Blüten aus den Plantagen der ewig Gestrigen, die aus Angst vor einer kritischen Identitätsdiskussion in dieser Einwanderungsgesellschaft in kulturrassistische Ersatzdiskussionen flüchten. Das gilt z.B. für die ‚Islamkritik‘, die in ihrer am meisten verbreiteten Form der islam- und muslimfeindlichen ‚Vulgäraufklärung‘ (Navid Kermani) eine wachsende und, wie die neuesten Erfahrungen zeigen, sogar blutige Gefahr geworden ist.

Grundlage für Vielfalt in Einheit oder Einheit in Vielfalt ist ein solidarisches ‚Wir‘, für das ich seit vielen Jahren werbe. Tragende Grundlagen sind dabei nicht sozialtherapeutische Hilfsbereitschaft und huldvoll von oben gewährte Toleranz im Sinne einer Art kultureller Duldung. Es geht vielmehr um Akzeptanz und Teilhabe in sozialem Frieden in einer Bürgergesellschaft, die sich als Einwanderungsgesellschaft von Bürgern mit und ohne Migrationshintergrund versteht. Die weithin erfolgreiche alltagspraktische Probe aufs Exempel zeigen die Kommunen, in denen sich in Sachen Einwanderungsgesellschaft alles entscheidet - auch in dieser Stadt.

Im Folgenden geht es darum, die bisher erörterten Aspekte in den weiteren Zusammenhang des Wegs zur Einwanderungsgesellschaft zu stellen.<sup>2</sup>

---

<sup>2</sup> Das Folgende nach: Klaus J. Bade, Abwehrhaltungen und Willkommenskultur in der Einwanderungsgesellschaft, in: Bertelsmann Stiftung (Hg.), Deutschland öffne Dich! Willkommenskultur und Vielfalt in der Mitte der Gesellschaft verankern, Gütersloh 2012, S. 45-56.

### **3. Ankunft in der Einwanderungsgesellschaft: kulturelle Vielfalt, Kulturangst und Flucht in ‚islamkritische‘ Ersatzdebatten**

Die Bürgergesellschaften in Europa haben sich seit dem letzten Drittel des 20. Jahrhunderts zumeist in Einwanderungsgesellschaften verwandelt. Ihre Basis ist das Grundvertrauen zwischen Mehrheits- und Einwandererbevölkerung. Die Einwanderungsgesellschaft ist ein eigendynamischer Kultur- und Sozialprozess, der vielgestaltig, deshalb oft unübersichtlich ist und sich stets weiter ausdifferenziert. Er besteht aus dem räumlich, sektoral und sozial unterschiedlich voranschreitenden Zusammenwachsen von Mehrheits- und Zuwandererbevölkerung in einem Interaktionsprozess, der beide Seiten tiefgreifend verändert.

Ergebnis ist ein beschleunigter, manche Zeitgenossen überfordernder Wandel von Strukturen, Lebensformen und Alltagserfahrungen. Er wird gerade von Menschen, die davon in ihren altvertrauten Lebensbereichen besonders betroffen sind, nicht selten als Überforderung, Zumutung und soziales Ärgernis registriert. Das kann zu Abwehrhaltungen führen, selbst gegenüber seit langem ‚einheimischen Fremden‘. ‚Alienation‘ nennen die Amerikaner diesen Entfremdungsprozess.

Die Aufgabe, diesen Wandel als täglich neu erlebbare Herausforderung anzunehmen, wird aber wegbestimmend bleiben für die Entwicklung der Einwanderungsgesellschaften in Europa. Das gilt in Deutschland nicht nur für großstädtische Siedlungsdistrikte mit starker Zuwandererbevölkerung. Es gilt auch für Regionen, die Zuwanderung und Integration fast nur aus den Medien kennen, sich aber in ihrer Selbstwahrnehmung mitunter umso mehr davon betroffen oder sogar bedroht fühlen und deshalb in die weit ausgebreiteten Arme von rechtsradikalen Rattenfängern flüchten, die sich vor Ort als Retter gerieren. Das scheint z.B. in Mecklenburg-Vorpommern der Fall zu sein, wo es vergleichsweise wenig aus dem Ausland zugewanderte ‚Fremde‘ gibt, während die fremdenfeindliche NPD in allen Kreistagen und, zum zweiten Mal in Folge, seit 2006 auch im Landtag sitzt.

Die gesellschaftspolitische Aufgabe heißt, den Wandel als Normalität zu verstehen. Politik wird dabei ihrer hier dringend nötigen Vermittler- und Vorbildrolle nur selten gerecht. Einer der wenigen höchstrangigen Politiker, die hier mutig vorangingen, war der durch skandalffreudige Medien öffentlich geschlachtete und rücksichtslos ausgeweidete frühere Bundespräsident Christian Wulff. Man kann ihm vieles nachsagen, auf keinen Fall aber, daß er

nicht ein in gesellschaftspolitischen Fragen besonders sensibles Staatsoberhaupt gewesen wäre.

Das zeigte insbesondere seine zuerst berühmte und dann bald berüchtigte Bremer Rede zum 20. Jahrestag der deutschen Vereinigung im Oktober 2010. Wulff wurde damit zunächst vielseitig anerkannt und nach seiner folgenden Rede im türkischen Parlament in Ankara sogar in den höchsten Tönen belobigt. Da lief aber schon die ‚islamkritische‘ Wühlarbeit gegen den Bundespräsidenten, dessen Bremer Rede bald geradewegs auf den Index gesetzt bzw. im ideologischen Orkus versenkt wurde.

Wulffs Aussage, daß neben dem Christentum und dem – durch Flucht, Exil und Holocaust fast ganz ausgelöschten und erst durch die Zuwanderung aus der GUS wieder etwas gewachsenen - Judentum heute auch der Islam zu Deutschland gehöre, war angesichts von mehr als vier Millionen Muslimen, von denen rund die Hälfte deutsche Staatsbürger sind, keine grundstürzende Bestandsaufnahme. Sie war auch keineswegs neu, weil sie nur wiederholte, was der Begründer der Deutschen Islam Konferenz, der damalige Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble, unter großem Beifall schon 2006 im Deutschen Bundestag gesagt und seither öfters widerspruchslos wiederholt hatte. Nach den großen christlichen Konfessionen bildet der Islam in Deutschland heute nun einmal de facto die drittstärkste Religionsgemeinschaft, auch wenn er sich noch nicht zu einer de jure, d.h. im Sinne des deutschen Kirchenverfassungsrechts, anerkannten Glaubensgemeinschaft zusammengefunden hat, von einzelnen Gruppen wie den Alewiten abgesehen.

Wulffs Islamsatz konnte nur deswegen solches Aufsehen erregen, weil er im Oktober 2010, auf dem Höhepunkt der stark ‚islamkritisch‘ unterlegten Sarrazin-Debatte, fiel und die bundesweit vernetzte ‚Islamkritik‘ zur Treibjagd auf den Bundespräsidenten blies. In Zentrum der Rede stand dem inhaltlichen Gewicht nach aber nicht diese erst verspätet, dann aber umso giftiger angefeindete Passage.

Viel wichtiger als der Islam-Satz war eine die Rede durchziehende Leitlinie, in der es um das ging, was Wulff als Schlußpointe seiner Rede in dem Wortspiel zusammenfasste, man sei in diesem Land ‚zusammengewachsen‘ und ‚zusammen gewachsen‘. Damit meinte der Bundespräsident nicht nur die Deutschen im Vereinigungsprozess, sondern auch das immer wieder angesprochene Zusammenwachsen von Mehrheits- und Einwandererbevölkerung zur Einwanderungsgesellschaft. Deshalb, so lautete eine zentrale Botschaft seiner Rede dem Sinne nach, sei es in der

Einwanderungsgesellschaft erste Bürgerpflicht, den alltäglichen Wandel als stete Herausforderung anzunehmen.

Zu einer bewussten Annahme dieser Herausforderung durch den Wandel zur Einwanderungsgesellschaft und zur Gestaltung der damit verbundenen Aufgaben konnte es in Deutschland ohnehin erst stark verspätet kommen; denn wie gesagt: was man verdrängt, das kann man nicht gestalten. Deutschland war, wie gezeigt, lange ein in seiner Selbsterkenntnis verspätetes Einwanderungsland wider Willen. Es litt an der aus der defensiven Erkenntnisverweigerung seiner politischen Eliten resultierenden realitätsfernen Selbstdefinition als ‚Nicht-Einwanderungsland‘.

Daraus resultierte eine, durch stets neu geschürte Überforderungsängste angetriebene Unterschätzung seiner eigenen Integrationskraft als Einwanderungsgesellschaft. Heute ist Deutschland, trotz aller praktischen, d.h. kommunalen Integrationserfolge, im politischen Elitendiskurs und in den Medien vielfach noch immer eine griesgrämige oder doch verschämte Einwanderungsgesellschaft wider Willen, deren Parcours der ‚Willkommenskultur‘ einem nationaldidaktischen Sackhüpfen auf Stelzen gleicht.

#### **4. Integrationspolitik als Gesellschaftspolitik in der Einwanderungsgesellschaft – Anerkennung durch Teilhabe**

Integration im herkömmlichen sozialtherapeutischen Sinne ist heute das falsche Konzept auf dem richtigen Weg: In der Bürgergesellschaft als Einwanderungsgesellschaft geht es, von Neuzuwanderern mit Sprachproblemen einmal abgesehen, nicht mehr um Integration durch Maßnahmen. Es geht um Anerkennung durch Teilhabe - für Menschen mit wie ohne Migrationshintergrund. Dabei kann im Zusammenhang von Integrationsförderung ein Migrationshintergrund nur mehr ein Förderkriterium unter anderen sein. Dieses Förderungskriterium muss aber dort bzw. so lange vorgehalten werden, wo bzw. so lange es wesentliche migrationsinduzierte Benachteiligungen gibt.

Es gilt zu begreifen, daß bei Integration im oben beschriebenen Sinne beide Seiten der Einwanderungsgesellschaft aufeinander angewiesen sind. Nur dann kann sich jene belastbare, die Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund einschließende neue bürgerschaftliche Identität mit einem solidarischen ‚Wir‘ entwickeln. Wir kommen damit, allen Störungen zum Trotz, schrittweise voran.



Neben der gefährlichen negativen Integration, wie ich die Selbstvergewisserung der Mehrheit durch die denunziative Abgrenzung von Minderheiten nenne, gibt es in Sachen Integration in Deutschland aber auch noch andere spannungsgeladene Problembereiche. Hier zeigen sich auch Folgen von Versäumnissen der Vergangenheit auf beiden Seiten: Es gab sie bei der Integration von Einwanderern, die zu lange an ihren Rückkehrillusionen festhielten und zu spät Einwandererbewußtsein entwickelten. Und es gab sie auf Seiten des Einwanderungslandes, das, wie erwähnt, das Thema Integration als politische Gestaltungsaufgabe jahrzehntelang ‚verschlafen‘ hat (Horst Köhler 2006).

Diese Versäumnisse auf beiden Seiten sind historische Gegenwarts- und Zukunftsbelastungen für die Einwanderungsgesellschaft in Deutschland. Aber die Handlungsspielräume waren dabei ungleich verteilt: Ein sich selbst über Jahrzehnte mit dem Mantra der defensiven Erkenntnisverweigerung ‚Die Bundesrepublik ist kein Einwanderungsland‘ selber dementierendes, mental verklemmtes Einwanderungsland darf sich über die verspätete Entwicklung von Einwandererbewusstsein bei seinen verschämt als ‚Zuwanderer‘ bezeichneten Einwanderern nicht wundern.

Ich habe seit den 1980er Jahren immer wieder und lange vergeblich auf eine prekäre Ursache-Folge-Wirkung im Einwanderungsland wider Willen hingewiesen, die man rückblickend auch so beschreiben könnte: Ein Bademeister, der jahrzehntelang vor seinem Schwimmbad ein Schild aufgestellt hat mit der Aufschrift ‚Baden verboten! Dies ist kein Schwimmbad! ‘, sollte sich später nicht beklagen, daß zu wenig Badegäste Schwimmen lernten und deshalb später ‚nachholende‘ Schwimmkurse brauchten. Ich bin seinerzeit wegen solcher Forderungen von manchen Politikern herablassend belächelt worden. Heute lacht keiner mehr – aber an die eigenen Fehleinschätzungen oder diejenigen der eigenen Partei und deren Folgen möchten sich natürlich viele nur ungern erinnern lassen.

An der breiten Basis der Sozialpyramide leben heute in Deutschland aus diesen, aber auch anderen Gründen viele Familien mit starken, zum Teil über Generationen hinweg anhaltenden Integrationsdefiziten als Teil einer ‚neuen Unterschicht‘, die es mit, aber auch ohne Migrationshintergrund gibt. Ihre prekären Sozialmilieus wurden und werden in Deutschland intergenerativ stabilisiert durch die hierzulande nach wie vor besonders ausgeprägte ‚Vererbung‘ der sozialen Startnachteile über das Bildungssystem. Das hat der aktuelle OECD-Bericht gerade aufs Neue herausgestellt und zusätzlich darauf hingewiesen, daß im ehemaligen Land der Dichter und Denker nur jeder fünfte

Jugendliche einen höheren Abschluss erzielt als seine Eltern und 22 Prozent sogar unter deren Niveau bleiben.

Daneben gibt es auch eine vergleichsweise kleine desintegrative Gegenwelt von Zuwandererfamilien, die trotz schon generationenübergreifendem Inlandsaufenthalt scheinbar weniger an staatsbürgerlicher Integration interessiert sind als an den Sozialbezügen im Wohlfahrtsstaat. Sie imitieren damit aber nur das Fehlverhalten von schlechten Vorbildern aus der Mehrheitsgesellschaft ohne Migrationshintergrund. Böse Zungen beschreiben das auch als eine Form von Integration oder sogar Assimilation.

Schließlich gibt es auch einzelne, ebenfalls vergleichsweise kleine, aber auffällige, weil mitunter aggressiv missionierende religiös-weltanschauliche, insbesondere islamistisch-fundamentalistische Gruppen. Sie sind zum Teil Hasspredigern hörig, die von einem Gottesstaat schwärmen, der mit dem Grundgesetz und den darin festgeschriebenen Werten und Normen grundsätzlich unvereinbar ist – heute die Salafisten, morgen vielleicht die Wahhabiten. Hier sind Härte und Abwehr angesagt.

Nicht minder gesellschaftspolitisch gefährlich aber ist das Wirken selbsternannter ‚islamkritischer‘ Experten mit und ohne Migrationshintergrund als aggressive vulgär-säkulare Hassprediger. Sie rücken das integrationsfeindliche Verhalten von aggressiven kleinen religiös-weltanschaulichen Minderheiten auf Kosten der friedvollen Integrationsbereitschaft der meisten Muslime in Deutschland einseitig in den Vordergrund.

Sie können sich den fragwürdigen Ruhm bescheinigen, wesentlich dazu beigetragen zu haben, daß Deutschland, Umfragen zufolge, heute in Europa zu den düsteren Spitzenreitern bei den nicht ‚nur‘ islam-, sondern auch muslimfeindlichen Abwehrhaltungen geworden ist: Eine negative bis sehr negative Einstellung gegenüber ‚Muslimen‘ (also nicht etwa ‚nur‘ gegenüber dem Islam) bescheinigen sich in Westdeutschland fast 58 Prozent (57,7 %) und in Ostdeutschland, wo es vergleichsweise wenige Muslime gibt, sogar gut 62 Prozent (62,2 %) der von dem ‚Heymat‘-Projekt (VolkswagenStiftung) an der Humboldt-Universität Berlin Befragten. Dieses Stimmungsbild entspricht der Tendenz nach den Ergebnissen des von Wilhelm Heitmeyer begründeten Bielefelder Großprojekts ‚Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit‘.

Wozu als ‚Islamkritik‘ getarnter antiislamischer Kulturrassismus bei gewaltbereiten Adressaten führen kann, haben zuletzt in Norwegen die Gewaltverbrechen des nicht islamistisch-fundamentalistisch, sondern christlich-

fundamentalistischen Attentäters Breivik im Juli 2011 gezeigt und in Deutschland die seit November 2011 aufgedeckten, schon älteren, aber ebenfalls vorwiegend antiislamisch-fundamentalistisch motivierten Serienmorde des ‚Nationalsozialistischen Untergrunds‘ (NSU).

Es gibt hier eine fließende Grenze zwischen Wortgewalt und Tatgewalt, von der auch die Bundeskanzlerin in ihrer Rede auf der nationalen Trauerfeier für die Opfer der NSU-Serienmorde in Berlin gesprochen hat. Den publizistischen Agitatoren der ‚Islamkritik‘ direkte, persönlich zuschreibbare Ursache-Folge-Zusammenhänge gegenüber vierschrotigen Gewalttätern zuweisen zu wollen, wäre zwar eine haltlose Unterstellung. Die im Zeitalter der Internetagitation gefährliche geistige Nähe zwischen gruppenfeindlichen oder auch nur so verstehbaren Argumenten und entsprechenden Tatmotiven schlichtweg bestreiten kann aber nur, wer die Lehre der - vermeintlich Glück bringenden - drei Affen zur verhaltensleitenden Disposition erhoben hat: nichts (Böses) sehen, hören, sagen.

## **5. Populismus im politischen Elitendiskurs: politische Öffentlichkeitsarbeit und Innenpolitik**

Vieles hat sich in Sachen Migrations- und Integrationspolitik in Deutschland seit dem letzten Jahrzehnt zum Besseren gewendet: Das Thema Integration ist heute in den politischen Mainstream eingerückt, wenn auch mit folgenreicher historischer Verspätung gegenüber den immer wieder vorgetragenen Appellen zur aktiv gestaltenden Akzeptanz der gesellschaftlichen Realitäten.

Darauf habe ich in meiner Presseerklärung zur Vorstellung des letzten von mir geleiteten Jahresgutachtens 2012 des Sachverständigenrates mit der Botschaft hingewiesen: „Wir werden immer besser, aber wir kommen meistens unnötig spät!“

Das galt für das ‚Zuwanderungsgesetz‘ von 2005, das endlich, wenn zunächst auch erst zögerlich, die pro-aktive Migrations- und Integrationspolitik brachte, die seit Jahrzehnten fehlte. Es galt für die Umsetzung der ‚Hochqualifizierten-Richtlinie‘ 2012, die im Kern ein kleines Punktesystem zugunsten von Hochqualifizierten war, das ebenfalls seit langer Zeit vergeblich auch von mir und uns gefordert worden war.

Und es gilt für das aktuelle ‚Anerkennungsgesetz‘ von 2012. Wäre es spätestens Ende der 1980er Jahre verabschiedet worden, hätte es Hunderttausende von Einwanderern davor geschützt haben können, zu ihrem und zum Schaden ihres

Einwanderungslandes weit unter ihrer beruflichen Qualifikation oder auch gar nicht sozialversicherungspflichtig beschäftigt zu werden. Viele wären dann zu einem volkswirtschaftlichen Gewinn und nicht zu einem sozialen Kostenfaktor für dieses Land geworden. Das galt, wie erwähnt, besonders für Juden aus der GUS, aber auch für viele Spätaussiedler und deren mitreisende Familienangehörige nichtdeutscher Herkunft sowie für anerkannte Asylbewerber und geduldete Flüchtlinge.

Dennoch: Integration wird heute zunehmend routiniert und pragmatisch einbezogen in die großen politischen Gestaltungsbereiche. Dabei ist in Deutschland in den letzten zehn Jahren integrationspolitisch mehr geschehen als in den vier Jahrzehnten zuvor. Im gleichen Feld aber kommt es nach wie vor immer wieder zu nur vermeintlich bürgerorientierten, in Wirklichkeit aber politisch-populistischen Stolperschritten. Sie untergraben das Grundvertrauen, von dem die Legitimation von Politik in der demokratischen Einwanderungsgesellschaft lebt. Ein Beispiel dazu war die opportunistisch-populistische Haltung von Politikern auf dem Höhepunkt der ‚Sarrazin-Debatte‘ im Herbst 2010:

Die meisten Politiker hatten sich zunächst klar von ‚Sarrazins Thesen‘ oder von dem was dafür ausgegeben wurde, und von den durch die ‚Sarrazin-Debatte‘ forcierten ‚islamkritischen‘ Ausfällen distanziert. Dann wurden, auch auf die Interventionen von ‚islamkritischen‘ bzw. islamfeindlichen Hilfsbataillonen wie dem Denunziationsblog ‚Politically Incorrect‘ hin, Redaktionen und vor allem Parteizentralen mit Stellungnahmen zugunsten von Sarrazin überschwemmt.

Auf beschämende Weise ruderten nun - Bündnis90 /Die Grünen und Die Linke ausgenommen - viele Parteisprecher zurück. Sie fanden jetzt nicht mehr Sarrazins Botschaften unerträglich, sondern nur noch deren Formulierung überzogen und ließen sich zum vermeintlichen Ausweis ihrer volksnahen Kompetenz im Herbst 2010 zu populistischen Konzessionen an die aufgeheizte Stimmung hinreißen. Das galt insbesondere für den Höhepunkt der ‚Sarrazin-Debatte‘ im Oktober 2010. Vier prominente Beispiele seien hier genannt:

Der bayerische Ministerpräsident Seehofer empfahl im Oktober 2010, die Grenzen vor Türken und Arabern zu schließen und votierte gegen eine Zuwanderung „aus fremden Kulturkreisen“, was in den durch Sarrazin ermutigten kulturrassistischen Kreisen auf helle Begeisterung stieß. Der damalige Bundesinnenminister de Maizière suchte im Oktober 2010 vergeblich nach Belegen für die von ihm fahrlässig verkündete Zahl von angeblich ca. 15 Prozent ‚Integrationsverweigerern‘, die er ‚härter bestrafen‘ wollte. Es gab dazu gar keine konkreten Zahlen, nicht einmal einen für deren Erhebung tauglichen

Begriff. Die Rede von den ‚Integrationsverweigerern‘ aber löste prompt eine minderheitenfeindliche, insbesondere wieder einmal islamophobe Sanktionsdebatte aus und ermutigte ganz allgemein die Vertreter der These von der mangelnden Integrationswilligkeit oder gar Integrationsfähigkeit vieler Zuwanderer.

Ebenfalls im Oktober 2010 warnte Bundesfamilienministerin Schröder schlagzeilenstark vor einem Minderheitenrassismus in Gestalt von „Deutschenfeindlichkeit“ auf den Schulhöfen. Sie finanzierte wissenschaftliche Schnellgutachten, die den vermeintlichen Zusammenhang von muslimischem Glauben und Gewaltaffinität bei Jugendlichen nachweisen sollten, dies aber nicht konnten; denn es geht hier nicht primär um Religionsfragen, sondern vorwiegend um eine Mischung von Milieuproblemen und sozial aggressivem Macho-Gehabe. Das hinderte die Ministerin nicht, ihre mehr gefühlte als empirisch begründbare These weiter zu verbreiten, die in islamophoben Kreisen begeistert begrüßt wurde.

Gleichfalls im Oktober 2010 verkündete Bundeskanzlerin Merkel, die sich zuvor klar von der medialen Sarrazinade distanziert hatte, in Wahlkampfstimmung plötzlich barsch: ‚MultiKulti‘ sei ‚gescheitert, absolut gescheitert‘, was der bayerische Ministerpräsident gleich steigerte zu der konzeptionellen Sterbeurkunde ‚MultiKulti ist tot‘. Diese finale Diagnose war in der Sache doppelt falsch; denn man muss hier gesellschaftspolitische Konzepte und gesellschaftliche Entwicklung unterscheiden:

Als Regierungskonzept hat es Multikulturalismus in Deutschland – im Gegensatz zu den Niederlanden – nie gegeben. Es gab hierzulande nur die frühen, naiven Vorstellungen einiger Grünen von Integration als immerwährendem Straßenfest mit fröhlichen Rutschbahnen in ein buntes Paradies. Aber von dieser realitätsblinden ‚MultiKulti‘-Romantik haben sich die frühen Grünen viel rascher gelöst als die Unionsparteien mit ihrem noch Jahrzehnte beibehaltenen Mantra der defensiven Erkenntnisverweigerung ‚Deutschland ist kein Einwanderungsland‘.

Es ist deshalb eine parteipolitische Geschichtsklitterung, zu behaupten, ‚MultiKulti‘ hätte Deutschland daran gehindert, rechtzeitig Integrationspolitik zu treiben. Das galt z. B. für die bayerische Sozialministerin Christine Haderthauer, die vor dem Hintergrund der ‚Sarrazin-Debatte‘ im September 2010 erklärte: ‚Multikulti ist das größte bundespolitische Integrationshindernis der letzten Jahre!‘ Das halten nur bayerische Mikrofone aus.

Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Zu Recht haben deshalb führende deutsche Politiker aus verschiedenen Parteien nach und nach dem erwähnten Diktum des selbstkritischen semantischen Schlafmetaphorikers Horst Köhler aus dem Jahr 2006 zugestimmt, man habe die Integration politisch schlicht ‚verschlafen‘. Das ist die Wahrheit, vor deren Folgen Wissenschaftler und Experten der Integrationspraxis ein Vierteljahrhundert lang immer wieder vergeblich gewarnt hatten.

Die Spur folgenreicher politisch-populistischer Entgleisungen endete aber nicht mit dem Abebben der Sarrazin-Debatte. Sie führt weiter bis in die aktuelle Diskussion hinein. Im Blick auf die längere Zeit zwischen Tragödie, Farce und Vertuschung schwankende ‚Aufklärung‘ und auf die mangelhafte gesellschaftspolitische Bearbeitung der Serienmorde aus dem ‚Nationalsozialistischen Untergrund‘ (NSU) hatte der scheidende Integrationsbeauftragte des Senats von Berlin, Günter Piening, im Juni 2012 erklärt:

„Das Vertrauen in diese Gesellschaft und ihre Institutionen, das bei Einwanderinnen und Einwanderern immer sehr hoch war, hat stark gelitten. Die bisher unternommenen Aufklärungsbemühungen sind nicht ausreichend. Die staatlichen Institutionen haben den Nachweis noch nicht erbracht, daß in Deutschland alle Bevölkerungsgruppen den gleichen Schutz staatlicher Stellen genießen. Es wird große Anstrengungen brauchen, hier wieder das Vertrauen aufzubauen, das die Basis jeder gelingenden Integration ist.“

Das Gegenteil dieser dringend nötigen Vertrauensoffensive waren die grotesken, für einen mehr als vier Millionen starken, nämlich muslimischen Teil der Einwandererbevolkerung vertrauenszerstörenden gesellschaftspolitischen Fehlleistungen vor allem des Bundesinnenministeriums. Sie reichten in der ‚Ära Friedrich‘, bislang, von der sicherheitspolitischen Instrumentalisierung der Deutschen Islam Konferenz bis zuletzt zum skandalösen Umgang mit der ‚Muslimstudie‘ und zu den von Muslimen erwartungsgemäß als diskriminierend empfundenen ‚Vermisstenanzeigen‘. So schafft man nicht, so zerstört man Vertrauen in der demokratischen Einwanderungsgesellschaft.

Das Bundesministerium des Innern ist in seinem riesigen, selbst für führende Beamte kaum noch überschaubaren Zuständigkeitsbereich zweifelsohne extrem gefordert. Mit Integrationspolitik als Gesellschaftspolitik in der Einwanderungsgesellschaft ist es offenkundig klar überfordert. Seine strukturellen Schwächen können nicht immer nur durch die persönliche Initiative eines gesellschaftspolitisch versierten Ministers, wie z.B. Schäuble mit seiner Islam-Konferenz, ausbalanciert werden. Das überforderte Ressort sollte

deshalb im Bereich Migration und Integration entlastet werden und jenseits von Migrationspolitik, Ausländer- und Aufenthaltsrecht, Flüchtlings- und Asylrecht den ‚weichen‘ Bereich von Integrationspolitik als Gesellschaftspolitik an andere Ressorts oder auch ein Querschnittsministeriums abgeben. Erfolgreiche Länderbeispiele dafür gibt es inzwischen genug.

## **6. Politikerangst und Bürgerwut: Bürgerpragmatismus, Politikversagen und Gefahr von Rechts**

Politik sollte die negative Integration zu Lasten insbesondere der muslimischen Minderheit nicht durch populistische Konzessionen ermutigen. Das Ergebnis könnte eine Spaltung, wenn nicht sogar eine Sprengung der demokratischen Einwanderungsgesellschaft sein anstelle der nötigen Förderung der Akzeptanz von kultureller Vielfalt in sozialem Frieden.

Politik sollte stattdessen endlich anerkennen, dass Integration in Deutschland insgesamt und auch im internationalen Vergleich ein Erfolgsfall ist, bei dem Ausnahmen nur die Regel bestätigen. Das ist für manche Politiker in Deutschland verständlicherweise nicht ganz einfach; denn Politik hat, jedenfalls auf der Bundesebene, die von unten, also auf der kommunalen Ebene gewachsene Integration jahrzehntelang von oben nicht nur nicht zureichend befördert, sondern zum Teil sogar durch kontraproduktive Konzepte unter dem Dach der ‚Nicht-Einwanderungsland‘-Diskussion behindert.

Das reichte, um nur einige Beispiele zu nennen, von der ‚sozialen Integration auf Zeit‘ zur ‚Aufrechterhaltung der Rückkehrbereitschaft‘, der dezidiert nicht intendierten ‚Assimilation‘ (was also keine Erfindung von Erdogan war) und den ‚Rückkehrprämien‘ Anfang der 1980er Jahre über die von den einheimischen Ausländern als diffamierend empfundene Zurückstellung gegenüber fremden Deutschen in Gestalt der bundesweiten PR-Kampagne ‚Aussiedler sind keine Ausländer‘ Ende der 1980er Jahre und die bereichsweise grob muslimfeindliche Diskussion um die Einbürgerungstests bis herauf zu den erwähnten aktuellen Beispielen.

Empfänge für alte ‚Gastarbeiter‘ im Bundeskanzleramt unter dem Motto ‚Deutschland sagt danke‘ und symbolträchtige Veranstaltungen wie die Deutsche Islamkonferenz (DIK) I und II, die Integrationsgipfel mit dem Nationalen Integrationsplan (NIP) und dem Aktionsplan zu dessen praktischer Weiterentwicklung (NAP) oder zuletzt die Einberufung des Integrationsbeirats der Bundesregierung sind verdienstvolle und auch über ihre Signalfunktion hinaus nützliche und nachhaltige Initiativen.

Sie bilden aber sehr späte prunkvolle Mehrfachrahmen zu einem Bild, das sich gleichsam selber geschaffen hat; denn es war die mit der Zuwandererbevölkerung zur Einwanderungsgesellschaft zusammenwachsende Bürgergesellschaft, die diese lange von oben kaum erleichterte oder gar geförderte Integrationsleistung von unten bewerkstelligt hat. Sie wurde gefördert durch die Pionierarbeit der Kommunen, ihrer Ausländer- bzw. Integrationsbeauftragten und durch die Mittlerorganisationen, auch in dieser Stadt. Diese dauerhafte und gewaltige gesellschaftliche Leistung des Souveräns in seinem kommunalen Alltag sollte bei seinen auf Zeit gewählten politischen Repräsentanten mehr Respekt und Anerkennung finden.

Die Bürgergesellschaft in Deutschland ist zwar offenkundig anfällig für ‚islamkritische‘ bis islamfeindliche Agitation und damit für eine Ideologie der negativen Integration anstelle einer im Blick auf die gesellschaftliche und kulturelle Vielfalt realitätsbezogenen, mutigen und selbstkritischen Debatte um die neue kollektive Identität in der Einwanderungsgesellschaft. Hier hat Politik, von Ausnahmen abgesehen, bislang ihre nötige Vermittlungsaufgabe und Vorbildrolle klar verfehlt bzw. ‚verschlafen‘. Wortscharfe Erinnerung daran sollte hier endlich politische Lernprozesse anstoßen.

Wenn man, wie der Sachverständigenrat dies getan hat, die Bürgergesellschaft nach ihrer Haltung zu Migration und Integration sowie zu Migrations- und Integrationspolitik im engeren Sinne befragt, dann zeigt sich: Trotz aller Wirkungen von ‚islamkritischer‘ bis islamfeindlicher, völkisch-kulturrassistischer, zum Teil auch neo-nationalsozialistischer Agitation urteilt die Bürgergesellschaft in dieser Hinsicht insgesamt durchaus rationaler und pragmatischer als viele politische Akteure zu glauben scheinen. Sie scheint auch im Blick auf begründbar anstehende migrationspolitische Entscheidungen deutlich belastbarer zu sein als von vielen politischen Akteuren vermutet.

Als Folge ‚islamkritischer‘ Publizistik, islamfeindlicher Internet-Agitation, aber auch kulturrassistisch-populistischer Entgleisungen nicht weniger Politiker manifest geworden sind islam- und sogar muslimfeindliche Abwehrhaltungen, die in Europa düstere Spitzenwerte erreichen. Hier ist Politik, die in diesem Punkt so lange versagt hat, klar gefordert, um endlich diesen übelriechenden Augiasstall auszumisten. Parteiverbot und Extremistenjagd sind dazu nicht genug. Gefragt sind positive, in der demokratischen Einwanderungsgesellschaft haltgebende Initiativen. Das ist das Gegenteil von opportunistischem Populismus. Das kostet Mut und vielleicht auch einige Wählerstimmen. Aber es ist ein verantwortungsvoller Dienst an der Zukunft dieses Landes.



Aufgegeben werden sollte das politische Versteckspiel hinter den ‚Ängsten in der Bevölkerung‘, die man ‚ernst nehmen‘ müsse. Politik sollte also davon ablassen, in Sachen Migration und Integration die Bürgergesellschaft in einer Art Kindergarten für Erwachsene betreuen und dort vor ihren eigenen Ängsten beschützen zu wollen. Dies wäre nichts anderes als der Versuch, den eigenen Mangel an couragierter Gestaltungsbereitschaft mit angeblich lähmenden Ängsten des Souveräns zu legitimieren.

Politik muss begreifen, dass hier Eile geboten ist, wenn aus engagierten Bürgern nicht noch mehr ‚Wutbürger‘, Nicht- oder Protestwähler werden sollen. Nötig dazu sind klare, für die Bürgergesellschaft nachvollziehbare Konzepte mit zielorientierten, in ihrer Zielannäherung messbaren und an der Wahlurne bewertbaren Strategien, getragen von politischer Handlungskraft, Führungsstärke und Verantwortungsbereitschaft in Regierungsverantwortung, einschließlich der hier unabdingbaren, bewusst gelebten politischen Vorbildrolle.

Gelingt dieser Kurswechsel nicht, dann könnte Deutschland in den Weg anderer europäischer Einwanderungsländer einbiegen mit einem starken Wachstum völkischer, von charismatischen Demagogen geführter Strömungen und Parteien. Diese Strömungen konnten hierzulande bislang noch im vorhandenen Parteienspektrum aufgefangen werden, während die ‚islamkritische‘ Publizistik mit ihren fließenden Grenzen zur islamfeindlichen Agitation durch negative Integration das Geschäft betreibt, das in anderen europäischen Einwanderungsländern von fremdenfeindlichen Parteien erledigt wird.

Vielleicht aber brauchen diese Strömungen, die sich zu einer ‚Bewegung‘ zu formieren beginnen, auch in Deutschland nur noch ein Sammelbecken und einen charismatischen Führer, um gefährliche Sprengkraft zu entfalten. Das freilich wäre in Deutschland nur eine scheinbare europäische ‚Normalisierung‘; denn sie stünde im langen Schatten einer düsteren Geschichte, die sich gerade in Minderheitenfragen deutlich von der Geschichte anderer europäischer Einwanderungsländer unterscheidet.

Der Massenmord in Norwegen vom Juli 2011 und die im November 2011 aufgedeckten Serienmorde des Nationalsozialistischen Untergrunds in Deutschland haben vielleicht nur eine Atempause bewirkt. Politik hat, soweit ich sehe, bislang wenig daraus gelernt, vor allem nicht, daß es indirekte Ursache-Folge-Zusammenhänge zwischen Wortgewalt und Tatgewalt geben kann, von dem erwähnten warnenden Wort der Bundeskanzlerin auf der nationalen Trauerfeier für die Mordopfer des ‚Nationalsozialistischen Untergrunds‘ einmal abgesehen.

Rückblickend betrachtet, drängt sich im Blick auf das bei den ‚Ermittlungspannen‘ in Sachen NSU bisher bekannt gewordene behördliche Fehlverhalten im Blick auf Einzelfälle mitunter der Verdacht auf, daß Gefahren von rechts nicht registrieren konnte, wer selbst einschlägig positioniert war. Das mag daran erinnern, daß am Beginn des deutschen Geheimdienstwesens und, wie neue Aktenfunde zeigen, in Führungspositionen zum Teil bis in die 1960er Jahre hinein ‚Experten‘ aus nationalsozialistischen Sicherheitsdiensten standen, was dann auch bei den von ihnen in ihren neuen Funktionen zu treffenden Personalentscheidungen weiterhin folgenreich war.

Niemand soll uns weismachen, daß die ostdeutschen Mörder und Bankräuber mit ihrem unbeholfenen großen Campingbus seelenruhig durch westdeutsche Städte gondeln und dabei ausfindig machen konnten, wo und wann sie paßgerecht zum Bankeinbruch oder bei Mord zum Schuß kommen könnten, nämlich in der Regel dann, wenn der zu ermordende Geschäftsinhaber allein in seinem Laden stand. Niemand soll uns auch weismachen, daß sie bei den gleichen auffälligen Spazierfahrten auch noch ihre jeweiligen Fluchtwege und die für das unauffällige Abtauchen in der Nähe des Tatorts wichtigen Informationen über die Ringfahndungstechniken der örtlichen Polizei erkunden konnten.

Nein, hier waren zweifelsohne größere Kreise von Helfern, Helfershelfern und Mitwissern engagiert. Sie wurden zum Teil vor amtlichem Zugriff geschützt durch die Warnungen von mitwissenden V-Leuten. Die operierten mitunter wie Doppelagenten, weil sie aus den Fragen ihrer Führungsbeamten unschwer deren besonderes Fahndungsinteresse ablesen konnten. Sie selber aber wurden, wie neuerdings bekannt gewordene Dokumente zeigen, in ihrer notwendig glaubwürdigen Rolle im rechtsextremistischen Milieu fast systematisch durch den ‚Verfassungsschutz‘ vor polizeilichem Zugriff geschützt. Mitglieder entsprechender Untersuchungsgremien auf Bundes- und Länderebene können darüber empörende Lieder singen, mit erschütternden, unfaßbaren Details, von denen die ohnehin strapazierte Öffentlichkeit verschont bleibt. Nur ‚Pannen‘ jedenfalls waren das nicht.

Einiges deutet auch darauf hin, daß von dem weiteren ‚Nationalsozialistischen Untergrund‘ mit dem Zwickauer Mördertrio nur die Spitze eines einzigen Eisbergs enttarnt worden sein könnte, während andere noch unter der Wasserlinie schaukeln. Möglicherweise hat sich dort längst eine Art ‚BAF‘ (‚Braune Armee Fraktion‘) gesammelt, die nur aus zwei Gründen noch nicht losschlägt: weil sie sich nach dem Abtauchen von rund hundert mit Haftbefehl gesuchten Rechtsradikalen erst konspirativ neu formieren muß und weil im

Moment der Fahndungsdruck der um ihren angeschlagenen Ruf kämpfenden Sicherheitsdienste extrem hoch ist. Hoffen wir, daß sich diese Befürchtung als falsch erweist, unbegründet ist sie nicht.

Politik und Behörden müssen den Kampf an dieser schmutzigen Front verstärken. Öffentliche Trauerarbeit, fleißige, zum Teil von arroganten, mitunter selber in die ‚Pannen‘ verwickelten Behördenvertretern mit unerhörter Dreistigkeit behinderte Kommissionssitzungen, ein paar Rücktritte von Verfassungsschutzpräsidenten, Razzien mit einigen lokalen Vereinsverboten und possierliche Reformen an dem föderalen Monster Verfassungsschutz sind dazu nicht genug.

Was für den deutschen Inlandsgeheimdienst unlängst vom Bundesminister des Innern als ‚neue Philosophie‘ angekündigt wurde, taugt eher für den technischen Begriff einer neuen Logistik, die sich, erfolgreich, in der nun in der Tat abrupt intensiveren Beobachtungs-, Ermittlungs- und Fahndungsintensität spiegelt. Das alles ist angesichts der amtlich nach wie vor nicht zureichend erkannten, rapide wachsenden Gefahr von ‚rechts‘ aber erschütternd und möglicherweise folgenreich wenig; ganz abgesehen davon, daß sich hier erneut geradezu spiegelbildlich die kontraproduktive Funktion des V-Mann-Unwesens zeigte, weil die verschärfte Fahndungsintensität prompt zum - rechtzeitigen - Abtauchen von Dutzenden von mit Haftbefehl gesuchten Rechtsradikalen in den Untergrund führte.

Eine richtungweisende Mahnung hätte die norwegische Reaktion auf das Massaker des christlich-fundamentalistischen, anti-multikulturalistischen Terroristen Breivik sein können: in der multikulturellen Gesellschaft auf minderheitenfeindliche, antilibérale, antidemokratische und antieuropäische Strömungen zu reagieren mit einer umso kraftvolleren Offensive für demokratisches Selbstbewusstsein, für Respekt und Anerkennung gegenüber Zuwanderern, für Gemeinschaft in der Vielfalt, für liberale und demokratische Offenheit im eigenen Land und in Europa.

In Deutschland hat es nach den NSU-Morden nur zur Trauer und zur Warnung vor Rechtsextremismus und sogar formelhaft vor Antisemitismus gelangt. Von den neuen Nazis wurden aber keine Juden umgebracht. Planmäßig hingerichtet wurden in aller Öffentlichkeit Muslime bzw. solche, die die Mörder aus dem ‚Nationalsozialistischen Untergrund‘ dafür hielten bei ihren Schüssen aus einer Česká CZ 83 mit Schalldämpfer - mehrfach, immer mitten ins Gesicht. So töten keine eiskalten Killer, so schießen zwar ebenfalls kaltblütig planende, aber von rassistischem Hass getriebene Mörder.

Wo also sind in Deutschland die öffentlichen und vor allem politischen Warnungen vor der nur vordergründig religionskritischen, vor allem aber kulturrassistischen antiislamischen Hassbewegung, die sich zu Unrecht ‚Islamkritik‘ nennt? Wo sind die nachhaltigen politischen Warnungen vor den ideellen Zusammenhängen zwischen Wortgewalt und Tatgewalt? Wo ist insgesamt die nötige Sensibilität im Umgang mit Integrationspolitik als Gesellschaftspolitik?

Es ist erkennbar ‚braune‘ Gefahr im Verzuge. Später wird es, wie bei den von kritischen Beobachtern, investigativen Journalisten und sogar dem amerikanischen Geheimdienst frühzeitig der organisierten Rechten zugeordneten Serienmorden der NSU, vielleicht wieder einmal heißen, das habe man zwar alles schreiben, aber doch gar nicht wissen können. Politische Antworten stehen nach wie vor aus. Gerade deswegen ist der Aktionstag ‚Freiburg steht auf – gegen Fremdenhass und Rassenwahn!‘ so wichtig. Daraus sollte ein breites interkommunales Bürgerbündnis gegen Fremdenfeindlichkeit und Kulturrassismus werden.

Der Migrationsforscher, Publizist und Politikberater Prof. Dr. Klaus J. Bade lehrte bis 2007 Neueste Geschichte an der Universität Osnabrück und lebt heute in Berlin. Er war Begründer des Osnabrücker Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) sowie des bundesweiten Rates für Migration (RfM) und der gleichermaßen bundesweiten Gesellschaft für Historische Migrationsforschung (GHM), stellvertretender Vorsitzender des Sachverständigenrates der Bundesregierung für Migration und Integration (Zuwanderungsrat) und von Ende 2008 bis Mitte 2012 Gründungsvorsitzender des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) in Berlin. Bade war Fellow an den Universitäten Harvard und Oxford, an der Niederländischen Akademie der Wissenschaften sowie am Wissenschaftskolleg zu Berlin. Er hat zum Thema viele Forschungsprojekte geleitet, einige Dutzend Bücher veröffentlicht und für sein Engagement in Forschung und kritischer Politikbegleitung diverse Auszeichnungen erhalten, zuletzt das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse ([www.kjbade.de](http://www.kjbade.de)).